



B 14 AS 83/11 R

Vorinstanz: LSG Chemnitz, L 3 AS 770/09

Findet der Leistungsausschluss gem § 7 Abs 5 S 1 SGB 2 auch auf Studenten Anwendung, die ein Urlaubssemester absolvieren?

B 14 AS 96/11 R

Vorinstanz: LSG Neubrandenburg, L 8 AS 90/08, L 8 AS 91/08

Sind Spesenzahlungen des Arbeitgebers für Verpflegungsmehraufwendungen eines Fernkraftfahrers für die Zeit vor dem 1.1.2008 in Höhe der steuerfreien Pauschbeträge zweckbestimmte Einnahmen iS des § 11 Abs 3 Nr 1 Buchst a SGB 2, die nicht als Einkommen zu berücksichtigen sind und deren zweckentsprechende Verwendung nicht nachzuweisen ist?

Darf eine endgültig getroffene Entscheidung über die Leistungsbewilligung unter Berücksichtigung von laufenden Einnahmen als Einkommen gem § 11 SGB 2 iVm § 2 Abs 2 AlgIV in der bis zum 31.12.2007 geltenden Fassung, bei der aber nicht das tatsächliche monatliche Einkommen, sondern wegen Einkommensschwankungen ein monatliches Durchschnittseinkommen zugrunde gelegt wurde, nach § 48 Abs 1 S 2 Nr 3 SGB 10 aufgehoben werden?

B 14 AS 100/11 R

Vorinstanz: LSG Celle-Bremen, L 7 AS 382/08

Ist die Verwertung einer Münzsammlung, deren Verkaufswert den Anschaffungswert mit einem bestimmten Prozentsatz unterschreitet, offensichtlich unwirtschaftlich iS von § 12 Abs 3 S 1 Nr 6 SGB 2 bzw stellt sie eine besondere Härte dar?

B 14 AS 103/11 R

Vorinstanz: LSG Essen, L 20 AS 22/09

Sind Zinseinkünfte aus einer Schmerzensgeldzahlung gem § 11 Abs 1 S 1 SGB 2 als Einkommen zu berücksichtigen?

B 14 AS 110/11 R

Vorinstanz: LSG Essen, L 19 AS 2130/10

Besteht ein Anspruch auf einen Zuschuss zum Beitrag zur privaten Pflegeversicherung gem § 26 Abs 3 SGB 2 (ohne Begrenzung auf den Mindestbeitrag) bis zur Hälfte des Höchstbeitrages zur sozialen Pflegeversicherung und zum Beitrag zur privaten Krankenversicherung gem § 26 Abs 2 SGB 2 in Höhe des halbierten Basistarifs, wenn der zu zahlende Krankenversicherungsbeitrag aufgrund vertraglich vereinbarter Kostenbeteiligung des Versicherungsnehmers die Hälfte des Basistarifs unterschreitet?

B 14 AS 133/11 R

Vorinstanz: LSG Halle, L 5 AS 92/07

Zur Auslegung des § 36 SGB 2 über die örtliche Zuständigkeit.

B 14 AS 148/11 R

Vorinstanz: LSG Hamburg, L 5 AS 49/08

Zur Anrechnung des Pflegegeldes bei mehreren Pflegekindern als Einkommen.

B 14 AS 153/11 R

Vorinstanz: LSG Stuttgart, L 12 AS 1077/11

Ist die Bemessung des Regelbedarfs gem § 20 Abs 2 S 1 SGB 2 in der Fassung vom 24.3.2011 ab 1.1.2011 für Alleinstehende verfassungsgemäß?

B 14 AS 156/11 R

Vorinstanz: LSG Essen, L 12 AS 2155/10

Handelt es sich bei den Kosten für die Erstausrüstung einer neuen Wohnung nach Verlassen eines Frauenhauses um Kosten, die iS des § 36a SGB 2 "für die Zeit des Aufenthaltes im Frauenhaus" entstanden sind?

B 14 AS 158/11 R

Vorinstanz: LSG Schleswig, L 3 AS 44/10

Stellt ein unangemessenes Hausgrundstück auch dann verwertbares Vermögen iS des § 12 Abs 1 SGB 2 dar, wenn darauf ein lebenslanges Nießbrauchsrecht in Form eines Wohnrechts lastet?

B 14 AS 161/11 R

Vorinstanz: LSG Schleswig, L 6 AS 37/10

Mindern Einnahmen aus einer wirksamen Gebrauchsüberlassung der Mietsache an Dritte nach § 540 BGB die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gem § 22 Abs 1 S 1 SGB 2 eines Hauptmieters, auch wenn der Untermieter seinen Anteil tatsächlich nicht zahlt oder sind diese Einnahmen als Einkommen gem § 11 Abs 1 S 1 SGB 2 zu berücksichtigen?

B 14 AS 164/11 R (alt: B 14 AS 25/11 AR) Vorinstanz: SG Köln, S 17 AS 2387/10

Sind (durch arbeitsgerichtliche Vergleiche erzielte) Entschädigungszahlungen nach § 15 Abs 2 AGG iVm § 81 Abs 2 SGB 9 wegen Benachteiligung eines schwerbehinderten Menschen im Bewerbungsverfahren und Verletzung seines Persönlichkeitsrechts Entschädigungen iS des § 11 Abs 3 Nr 2 SGB 2 aF (§ 11a Abs 2 SGB 2 nF), die von der Einkommensberücksichtigung gem § 11 Abs 1 SGB 2 ausgenommen sind?

B 14 AS 165/11 R

Vorinstanz: LSG Stuttgart, L 2 AS 5905/09

Zur Rechtmäßigkeit der Rückforderung von Arbeitslosengeld II gem § 40 Abs 1, Abs 2 SGB 2 iVm § 50 Abs 2, Abs 3 SGB 10 (ohne Ermessensausübung), soweit die Überzahlung eingetreten ist, weil die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts trotz bereits aufgehobener Leistungsbewilligung weitergezahlt wurden.

B 14 AS 188/11 R

Vorinstanz: LSG Berlin-Potsdam, L 5 AS 1546/09

Mindern Rückzahlungen aus Betriebskostenabrechnungen gem § 22 Abs 1 S 4 SGB 2 aF auch die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung eines Leistungsempfängers, über dessen Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet ist?

B 14 AS 189/11 R

Vorinstanz: LSG Stuttgart, L 12 AS 3445/11

Ist die Bemessung des Regelbedarfs gem § 20 Abs 2 S 1 SGB 2 in der Fassung vom 24.3.2011 ab 1.1.2011 für Alleinstehende verfassungsgemäß?

B 14 AS 190/11 R

Vorinstanz: LSG Stuttgart, L 12 AS 3169/10

Unter welchen Voraussetzungen handelt es sich bei der psychosozialen Betreuung einer Frau und ihrer Kinder während eines Aufenthalts in einem Frauenhaus um Leistungen zur Eingliederung iS des § 16 Abs 2 S 2 Nr 3 SGB 2 aF bzw § 16a Nr 3 SGB 2 nF mit der Folge, dass die hieraus entstandenen Kosten nach § 36a SGB 2 zu erstatten sind?

B 14 AS 195/11 R

Vorinstanz: LSG Stuttgart, L 3 AS 4018/09

Welche Anforderungen sind an den Inhalt eines Verwaltungsaktes gem § 15 Abs 1 S 6 SGB 2 zu stellen, der eine nicht zustande gekommene Eingliederungsvereinbarung ersetzt?

B 14 AS 196/11 R

Vorinstanz: LSG Celle-Bremen, L 9 AS 831/10

Zu den Anforderungen an die Bestimmtheit von Verwaltungsakten nach § 48 SGB 10 über die Aufhebung der Bewilligung von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB 2.

B 14 AS 197/11 R

Vorinstanz: LSG Chemnitz, L 7 AS 512/10

Findet der Leistungsausschluss gem § 7 Abs 5 S 1 SGB 2 auch auf Studenten Anwendung, die ein Urlaubssemester absolvieren?

B 14 AS 198/11 R (alt: B 14 AS 15/08 R) **Vorinstanz: LSG Erfurt, L 7 AS 688/09 ZVW**

Ist an der Rechtsprechung, wonach eine Verletztenrente aufgrund einer Wehrdienstbeschädigung als Wehrpflichtiger der Nationalen Volksarmee in voller Höhe als Einkommen gem § 11 SGB 2 zu berücksichtigen ist, auch nach Inkrafttreten der Neuregelung des § 1 Abs 6 AlgIV 2008 zum 1.7.2011 für Zeiträume davor festzuhalten?

B 14 AS 1/12 R **Vorinstanz: LSG Hamburg, L 5 AS 4/09**

Sind Tilgungsleistungen, die der Finanzierung eines selbst genutzten Hausgrundstücks dienen und die mit einer Nutzungsentschädigung für das im Miteigentum des getrennt lebenden Ehegatten stehende Haus verrechnet werden, als Unterkunftskosten nach § 22 Abs 1 S 1 SGB 2 zu berücksichtigen?

B 14 AS 6/12 R **Vorinstanz: LSG Berlin-Potsdam, L 29 AS 2038/09**

Ist ein Aufhebungs- und Erstattungsbescheid über Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB 2 insgesamt noch hinreichend bestimmt iS des § 33 Abs 1 SGB 10, wenn er nur an ein Mitglied einer mehrköpfigen Bedarfsgemeinschaft adressiert ist und von diesem auch Leistungen zurückgefordert werden, die für andere Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft erbracht worden sind?

B 14 AS 11/12 R **Vorinstanz: LSG Stuttgart, L 3 AS 3615/11**

Kann ein Leistungsbezieher nach dem SGB 2 auch für seine über dem halben Basistarif liegenden Beiträge zur privaten Krankenversicherung einen Zuschuss gem § 26 Abs 2 SGB 2 aF bzw § 26 Abs 1 SGB 2 nF verlangen oder sind die den Zuschuss übersteigenden Beiträge zur Privatkrankenversicherung - über die Versicherungspauschale nach § 6 AlgIV 2008 hinaus - vom Einkommen abzusetzen?

B 14 AS 13/12 R **Vorinstanz: LSG Schleswig, L 11 AS 97/10**

Ist bei der Ermittlung der gem § 22 Abs 1 S 1 SGB 2 angemessenen Unterkunftskosten die in Kiel geltende Wohnflächengrenze bei Alleinerziehung eines sechsjährigen Kindes zu erhöhen?

B 14 AS 28/12 R **Vorinstanz: SG Altenburg, S 27 AS 890/09**

Zu den angemessenen Leistungen für Unterkunft und Heizung in Kahla - Saale-Holzland-Kreis -, insbesondere hinsichtlich der Wohnfläche für Alleinerziehende mit einem Kind ab Vollendung des 6. Lebensjahres.

B 14 AS 33/12 R **Vorinstanz: LSG Essen, L 12 AS 1978/10**

Kann eine Steuererstattung, die als Einkommen iS des § 11 Abs 1 S 1 SGB 2 berücksichtigt und als einmalige Einnahme gem § 2 Abs 4 AlgIV 2008 auf die dem Zuflussmonat folgenden zwölf Monate verteilt wurde, auch dann noch als Einkommen angerechnet werden, wenn sie zwischenzeitlich vollständig verbraucht wurde?

B 14 AS 35/12 R **Vorinstanz: LSG Erfurt, L 9 AS 824/09**

Besteht ein Rechtsschutzinteresse für eine Klage, die wegen einer Mehrleistung von weniger als 50 Cent im Monat geführt wird?

Enthält die Rundungsregelung des § 41 Abs 2 SGB 2 aF ein subjektives öffentliches Recht des Hilfebedürftigen auf Aufrundung?

B 14 AS 36/12 R **Vorinstanz: LSG Chemnitz, L 7 AS 3/09**

Können auch solche Aufwendungen als Kosten der Unterkunft iS des § 22 Abs 1 S 1 SGB 2 berücksichtigt werden, die nach dem Kopfteilprinzip nicht auf den Leistungsberechtigten entfallen, zu deren Übernahme er sich jedoch vertraglich verpflichtet hat?

B 14 AS 38/12 R

Vorinstanz: LSG Essen, L 12 AS 1353/10

Ist die Verteilung einer als Einkommen zu berücksichtigenden einmaligen Einnahme auf einen - in den Folgebewilligungsabschnitt hineinreichenden - Zeitraum von 11 Monaten gem § 11 Abs 1 S 1 SGB 2 iVm § 2 Abs 4 S 3 AlgIV 2008 aF rechtmäßig, wenn das Einkommen vom Hilfebedürftigen bereits im ersten Bewilligungszeitraum vorzeitig verbraucht wurde?